

# Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ der amtlichen Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

**Erscheinung**  
wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.  
Bezugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus und bei allen Verkäufern 1 Mk. 50 Pf.

Druck und Verlag von  
F. Hunold's Stadtbuchdruckerel, Sohrau O.S.  
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

**Anzeigen-Preis:**  
für die einseitige Zeile oder deren Raum 20 Pf.  
Interates-Annahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem  
Erscheinungstage.

Nr. 4.

Samstag, Nr. 19

Sonnabend, den 11. Januar 1919

Samstag, Nr. 19

41. Jahrg.

## Die Wahlordnung zur Nationalversammlung.

Für die bevorstehende Nationalversammlung ist eine Wahlordnung vorgelesen, die für Deutschland etwas wesentlich Neues und Fremdes bedeutet. Jede Partei, die nicht in das Hintertreffen geraten will, muß daher für möglichst ausführliche Über das Wesen dieser Wahlordnung unter ihren Mitgliedern sorgen. Die neue Wahlordnung beruht auf dem Verhältniswahlssystem. Bei diesem Wahlsystem werden große Landestteile zu Einheiten zusammengefaßt, deren jede eine größere Zahl von Abgeordneten stellt, wobei sich die Parteien in die zu vergebenden Sitze nach der Höhe der für sie abgegebenen Stimmen teilen. Sind beispielsweise in einem Gebiete 10 Abgeordnete zu wählen, so hat eine Partei, die 50 v. H. der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hat, Anspruch auf 5 Mandate, eine mit 20 v. H. Stimmen auf 2 Mandate, mit 10 v. H. Stimmen auf 1 Mandat usw.

Bei Feststellung des Wahlergebnisses wird im einzelnen folgende Rechnung angestellt: es werden die Stimmzahlen der Parteien durch 2, 3, 4 usw. geteilt und die für den Wahlkreis zu wählenden Abgeordneten in der Reihenfolge der Stimmzahlen auf die sich bewerbenden Parteien verteilt. Ein Beispiel mag dies klar machen:

In einem Wahlkreis (wobei unter Wahlkreis im Gegensatz zu früher immer das die größere Einheit darstellende Landgebiet, etwa Ober-, Mittel- und Niederpfälzer nsw. zu verstehen ist) seien 5 Abgeordnete zu wählen. Die Zahl ist der Einfachheit halber so niedrig angenommen. Es sind 3 Parteien, Deutschnationale, Demokraten und Sozialdemokraten, mit Listen, worüber gleich zu reden sein wird, in den Wahlkampf eingetreten. Davon erzielte die Liste der Deutschnationalen 48000, diejenige der Demokraten 60000 und diejenige der Sozialdemokraten 93000 Stimmen. Dann führt die angegebene Wahlberechnung zu folgendem Ergebnis:

	Deutschnat.	Demokr.	Soziald.
Stimmen	48000	60000	93000
Dividiert durch 2	24000	30000	46500
3	16000	20000	31000

Daraus ergibt sich folgendes Bild: Die höchsten fünf Zahlen (sowohl Mandate), die in unserer Tabelle stärker gedruckt sind, entfallen mit 93000 auf die Sozialdemokraten, mit 60000 auf die Demokraten, mit 48000 auf die Deutschnationale Volkspartei und mit je 46500 und 31000 wiederum auf die Sozialdemokraten. Oder mit anderen Worten heißt das: die Sozialdemokraten erhalten in dem betreffenden Wahlkreise drei, die Demokraten und Deutschnationalen je einen Vertreter.

Wie geht nun die Kandidatenaufstellung vor sich? Diese erfolgt durch Listen. Dazu reicht jede der Parteien, die sich um Mandate bewerben, vor der Wahl bis zu einem bestimmten Termin eine Liste von Namen ein, die in einer erkennbaren Reihenfolge angeordnet sein müssen, und die Wähler stimmen nicht für einzelne Namen, sondern für die ganze Liste. Wenn also in unserem vorigen Beispiel die Sozialdemokraten vorgeschlagen hatten: Haase, Cohn, Hersfeld, Landsberg, Rosenfeld; die Demokraten: Fischbeck, Preuß, Simons, Friedberg, Oppenheimer; die Deutschnationalen: Westarp, Conradt, Krüger, Richterhofen und Runge, so wären als gewählt zu betrachten die Herren Haase, Fischbeck, Cohn, Westarp und Hersfeld.

Es gibt nun für die Parteien ein Mittel, ihre tatsächlichen Aussichten bei der Verhältniswahl zu bessern, und das liegt in der Verbindung der Listen. Zwei oder mehr Parteien

können bei der Einreichung der Listen erklären, daß sie ihre Listen als verbunden betrachten wissen wollen. Dann wird nicht die von den einzelnen Listen, sondern die von den verbundenen Listen erzielte Stimmzahl geteilt. Greifen wir einmal auf unser früheres Beispiel zurück. Gäßen die Bürgerlichen, also Demokraten und Deutschnationale, ihre Listen verbunden, so wären im Wahlkampf erzielt worden von den Sozialdemokraten 93000, von den verbundenen Demokraten und Deutschnationalen 108000 Stimmen. Danach ergibt sich folgendes Bild:

	Verb. Bürgerliche	Sozialdemokr.
Stimmen	108000	93000
Dividiert durch 2	54000	46500
3	36000	31000

Die vereinigten Bürgerlichen haben also nunmehr Ansprüche auf drei Mandate, die Sozialdemokraten nur noch auf zwei. Durch die Verbindung ihrer Listen ist demnach den Bürgerlichen ein wesentlicher Vorteil zugefallen. Die Unterverteilung erfolgt nach demselben System wie die erste allgemeine Zuweisung. Also:

	Deutschnat.	Demokr.
Stimmen:	48000	60000
Dividiert durch 2	24000	30000
3	16000	20000

Drei Mandate sind auf Deutschnationale und Demokraten zusammen zu verteilen, davon erhalten demnach die letzteren zwei und die Deutschnationalen eins.

Der Verhältnis- und Listenwahl eignen sowohl Vorteile wie Nachteile. Ihr entscheidender und ausgesprochener Vorteil liegt darin, daß Widerheiten nicht von vornherein zur Ausschließlichkeit bei Bewerbungen um Mandate verurteilt sind. Jetzt gibt es also für die Launen und Gleichgültigen nicht mehr die bekannte Entschuldigung: „Es nützt ja doch nichts.“ Keine Stimme ist durch den Wohlwille ihres Trägers von vornherein zur Einflußlosigkeit verurteilt. Das ist ein großer Vorteil. Ihn muß das Bürgertum mit aller Macht ausnützen. Die großen Städte dürfen nicht mehr wie bisher die unbesittene Domäne des politischen Radikalismus bleiben. Darum rufen wir das gesamte deutsche Bürgertum zu rüstiger, von Zuversicht und Hoffnungsfreudigkeit geschwelter Wahlarbeit auf. Deutsche Frauen und Männer, helft mit dem Stimmzettel in der Hand dem Bürgertum seinen maßgebenden Einfluß sichern. Da in Deutschland jetzt mehrere Millionen mehr Frauen und Mädchen über 20 Jahre vorhanden sind, als Männer, so geht daraus ohne weiteres die entscheidende Bedeutung der Wahlbeteiligung der Frau hervor und die Pflicht jeder einzelnen Wählerin, ihr Wahlrecht auszuüben.

### Vorläufig keine Verlängerung des Waffenstillstandes.

Berlin, 8. Januar. Amlich wird der Telegraphen-Union mitgeteilt: Vom Marschall Feck ist beim Vorstehenden der deutschen Waffenstillstandskommission folgendes Telegramm eingetroffen:

„Das Waffenstillstandsabkommen, das am 12. und 13. Dezember 1918 erneuert worden war, läuft am 17. Januar ab.“

Die Verlängerung über diesen Zeitpunkt hinaus bis zur Unterzeichnung des Präliminarfriedens hat nicht die Zustimmung der alliierten Regierung gefunden.

Infolge dieser Sachlage haben sich die alliierten und die deutschen Bevollmächtigten, welche die Abmachungen vom 11. November und 13. Dezember 1918 getroffen haben, zu einer neuen Beratung zu vereinigen, um über die Verlängerung des Waffenstillstandes über den 17. Januar hinaus zu beschließen.

Der Oberkommandierende der Alliierten

hat die Ehre, dem Deutschen Oberkommando vorzuschlagen, diese Zusammenkunft möge am 14. oder 15. vormittags in Trier stattfinden unter denselben Bedingungen wie im Monat Dezember.

### Der Friede auf dem Marsch.

Es heißt zwar, daß die Verlängerung des Waffenstillstandes infolge der Berliner Vorgänge über den 17. Januar hinaus gefährdet sei, aber unklarbar erkennen die Vorbereitungen zur Friedenskonferenz ihren Fortgang — und es ist wohl auch anzunehmen, daß die in Spa aufgetriebene Drohung der Nichtverlängerung des Waffenstillstandes gegenstandslos sein wird, denn es wäre kaumig, wenn es der deutschen Regierung nicht gelänge, bis dahin Ruhe und Ordnung herbeizuführen. Bleiben wir also dabei, daß der Friede auf dem Marsche ist. Wilson hat seinen schon vorher angekündigten Besuch beim Papste abgelehnt. Die Unterredung Wilsons mit dem Papst dauerte allerdings nur 1/2 Stunde, aber zwischen beiden besteht ja völlige Übereinstimmung der Ansichten. Anders soll es dagegen zwischen den Alliierten sein. Die italienische Zeitung „Corriere della Sera“ eröffnet einen heftigen Briefwechsel gegen die Reden die in der französischen Kammer gehalten wurden und aus denen hervorging, daß die französische Regierung an dem alten Elysée des Gleichgewichtes bergestaltig, daß England die See beherrscht und Frankreich den Kontinent. Damit kann selbstverständlich Italien nicht einverstanden sein. Dagegen würden sich aber auch die übrigen Staaten wehren, und Wilson wird sicherlich sein Bestes dagegen erheben, wenn es erst zur Friedenskonferenz kommt, was ja nicht mehr lange dauern kann.

### Aufruf zum Grenzschutz.

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:

Kameraden! Deutschland ist in schwerer Gefahr. Während wir an dem Ausbau unserer inneren Freiheit arbeiten, ist die Freiheit unserer Vansleute im Osten, aus dem täglich erschütternde Sferne an uns gelangen, von außen bedroht. Noch ein paar Tage ohne energische Abwehr, und wir müssen fürchten, daß weitere Gebiete im Osten dem polnischen Imperialismus zum Opfer fallen, der unter Bedrohung von Geld und Landbesitz die schwersten Stunden der jungen deutschen Republik mißbraucht.

Regierung und Volk protestieren gegen diese Verluste, der Friedensschluß die Welt vor fertige Tatsachen zu stellen. Die Heben die Wilsonschen Punkte als grundlegend für den künftigen Frieden angenommen und werden sie gewissenhaft halten.

Kameraden! Pot sie allein nützen nichts! Sie ersten die Rohungsmittel nicht, die uns geipert sind. Sie schaffen die Kohlen nicht, ohne die unser Wirtschaftsleben zugrunde gehen muß. Sie bringen uns das Ansehen nicht zurück, das uns verloren geht. Sie helfen den Kameraden in den Ostprovinzen zu keinem ungeführten Abzug.

### Wehren müssen wir uns!

Meldet Euch freiwillig zum Grenzschutz. Bei jedem Bezugskommando werden Meldungen entgegengenommen und auch die künftigen Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Anwerbung von Freiwilligen erfolgt.

Wir wollen Euch in keinen neuen Krieg führen. Ihr sollt das Vordringen von Landesfriedensbrechern aufhalten. Ihr sollt das Ueberwältigen wehrloser Städte und Dörfer verhindern und unmöglich machen, daß Fremde in Deutschland wie in ein herrenloses Haus eindringen und sich festsetzen. Ihr sollt als republikanische Wehrmänner die Errungenschaften

der Revolution sicherstellen und die im Innern geschaffene Neuordnung verteidigen. Noch jede Revolution, die französische wie die russische, hat unter der Fahne ihrer neuen Ideale freiwillige Armeen aus dem Boden gestampft. Folgt dem Ruf der deutschen Revolution. Sie kann ohne eure Hilfe ihre Ziele nicht erreichen. Zeigt, daß die Revolution den Militarismus gestürzt hat, aber nicht die freiwillige Schutzbereitschaft ihrer freien Bürger. Die Republik ruft Euch, sie sorgt für Euch, aber sie braucht Euch auch.

### Freiwillige vor!

Die Reichsregierung.

Ebert, Scheidemann, Landberg, Noske, W. S. U.

### Streikämpfe in Berlin.

In Berlin hatte sich die Lage insofern, daß sich die Bewegung gewaltsam Bahn machen würde. Es handelte sich dabei um eine Streikprobe zwischen Regierung und Spartakusbund. Versteht man aber, als es zuvor, mit einem Anhänger glaubten, der Regierung die Stirn bieten zu können. Aber wie Scheidemann in einer Ansprache an die Arbeiter anspricht, handelte es sich dabei um eine Niedertracht, die die revolutionären Bestrebungen auszuweiden sind. Selbst ist es am Montag nachmittag, nach dem mittags der Polizeipräsident Schöningh die Lage noch beruhigend geschildert hatte, im blutigen Salomonstempel geschehen, welche Verhältnisse forderten. Auch am Montag Abend ereigneten sich noch Kämpfe vor der Reichskanzlei und zwar haben nach dem Bericht eines Augenzeugen in der „Tagl. Rundschau“ die Spartakisten bei dieser Gelegenheit ohne Veranlassung auf die Regierungstruppen geschossen.

Frankfurt a. M., 7. Januar. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Berlin: In den letzten Abendstunden liefen gestern noch einzelne erregende Nachrichten ein. Die „Germania“ meldet, daß die Anhänger der Spartakus-Gruppe das Spandauer Wasser- und Mülliondepot besetzt und an ihre Anhänger Waffen verteilt hätten. Das Regierungsbüro, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, meldet, daß was nicht nur die Groß-Berliner Verlage und den „Vorwärts“ betrifft, sondern daß man sogar in Privatwohnungen eingedrungen ist und dort großen Unruhe verbreitet. Die Privatwohnung des neuen Polizeipräsidenten Eugen Ernst ist gekürrt und besetzt worden.

Die wenigen erschienenen Blätter beschränken sich auf allgemeine Meldungen der heutigen Vorgänge. Die „Tägliche Rundschau“ nimmt seitlich Stellung und spricht von einem großen Tollhaus an der Spree. Berlin werde jetzt mit jedem Tage mehr das Irrenhaus Deutschlands.

### Blutige Zusammenstöße.

Berlin, 8. Januar. Um das Brandenburger Tor toben heftige Kämpfe. Der von herbeigeführten Spartakisten unternommene Versuch, das Brandenburger Tor im Sturm zu nehmen, wurde von den Regierungstruppen abgeblasen. Um 5 Uhr hörte man am Brandenburger Tor heftiges Geschrei in der Richtung des Potsdamer Bahnhofs. Auf das Gerücht, daß Hindenburg auf dem Bahnhofs Bahnhof erwartet werde, unternahm die Spartakisten einen Sturmangriff auf den Bahnhof, der aber von den Truppen in der Eile durch Schüsse abgeblasen wurde. Bei diesen Kämpfen hat der Bahnhof erhebliche Beschädigungen erlitten. Später wurde der Bahnhof im weiten Umkreis von den Regierungstruppen besetzt und Wachpostenposten in der Richtung auf das Bahnhofs Tor aufgestellt. Das Geschrei dauerte bis 2 Uhr nachts an, doch waren die Regierungstruppen sichtlich. Durch das Wachpostenposten wurden die meisten Häuser schwer beschädigt. Bei dem Gerücht am Bahnhofs Bahnhof beträgt die Anzahl der Toten 60.

Berlin, 8. Januar. Die Spartakusgruppe terroristisch Berlin weiter und wendet sich jetzt auch gegen die Reichs-Räte. In Schöneberg und Charlottenburg haben sich bereits die Wasserleitung gesperrt. Der Schiffsche Bahnhof ist noch im Besitz der Spartakisten.

### Befreiung der Reichsdruckerei.

Berlin, 7. Januar. Die Reichsdruckerei ist, wie die „Welt“ berichtet, gestern nachmittag in die Gewalt der Spartakisten gelangt, die das Gebäude besetzt halten und die Vorräte an fertigen Wappergeld mit Beschlag besetzt haben.

Bei der Besetzung der Reichsdruckerei gelang es einem Beamten, den Hauptkassier zu dem Tresor zu erhalten und in Sicherheit zu bringen.

### Ein heftiger Kampf um Wolffs Telegraphen-Bureau.

Berlin, 8. Januar. In einem heftigen Kampfe kam es in der letzten Nacht in der Charlottenstraße vor dem Wolffschen Telegraphen-Bureau. Die Regierung versuchte, das Bureau zu durchsuchen. Bei dem Versuch, in dem ein Wachpostenposten arbeitete, gab es 5 Tote und 21 Verwundete.

### Einem suchtbaren Blutbade entgegen.

Berlin, 8. Januar. Das 8-Uhr Abendblatt meldet: Der Oberbefehlshaber, Vollbeauftragter Noske, hat den Befehl erlassen über Berlin verhängt. Die Heftung, durch Verhandlungen eine Abmilderung aus der verhängt gewordenen Situation zu finden, hat sich, wie das Blatt schreibt, leider nicht erfüllt. Wie treiben unabwendbar einem suchtbaren Blutbade entgegen.

### Truppenmarsch.

Wie verlautet, umlassen die militärischen Nachmittage der Regierung in Berlin nach Eintritt in der letzten Verordnungen 40000 Mann reglementierte Truppen. Weitere Truppen, besonders Artillerie, sind unterwegs. Die „Motte“ sagt, das Organ der Spartakisten, konnte heute nicht erscheinen, weil angeblich Regierungstruppen in der vergangenen Nacht die Redaktionsräume und die Druckerei der „Motte“ besetzt haben.

### Die polnische Gefahr.

Um zu verstehen, wie weit die Dinge in der Provinz Polen gediehen sind, muß man sich vergegenwärtigen, was die Polen bisher erreicht haben. Sie sind in Polen, Gnesen, Nakel, Krotoschin, Kolmar und neuerdings in Goben-salza. Der Bahnverkehr von Schneidemühl, Bromberg und Posen ist teils eingeschränkt, teils ganz unterbrochen. Schneidemühl, Bromberg und somit der Zugang zu Westpreußen sind hart bedrängt. Allen anderen Nachrichten entgegen rücken die Polen weiter vor. Auch in Posen regen sie sich bereits, und die Befreiung

des Bahnhofs Krenz ist in greifbarer Nähe gerückt. — Demgegenüber ist unser bisheriger Heilmittel ganz unzureichend, und die Herausziehung der zwei von der Regierung angeführten Armeekorps muß aufs äußerste beschleunigt werden, wenn das letzte größte Unglück abgewendet werden soll.

Die Lage in der Provinz Posen ist etwa folgende: Der Eisenbahnverkehr von Bromberg, Posen und Thorn nach Berlin ist völlig unterbrochen. Um Schneidemühl konzentrieren sich etwa 30000 polnische Truppen, die mit deutschen Waffen versehen sind. Bromberg ist noch in deutscher Besitz; dort wie auch in anderen Orten haben sich Bürgerwehren gebildet, die sich eines großen Zuspruchs erfreuen und hoffentlich inslaube sein werden, das Vorgehen von ihren Heimatstädten abzuwenden.

### Deutschlands Versorgung mit Lebensmitteln.

München, 8. Januar. Die amerikanische Lebensmittelkommission ist, wie wir von autoritativer Seite vernehmen, nach dem ihr von ihnen in Deutschland weilenden Vertretern zugegangenen Bericht gewillt, die Versorgung der deutschen Bevölkerung nach folgenden Gesichtspunkten zu übernehmen: Mit den Vorsehrungen soll begonnen werden, wenn es die Notwendigkeit dringend erfordert, jedenfalls aber sofort nach dem Abschluß des Bräunmarckens. Es sollen zu diesem Zweck in den an Deutschland grenzenden neutralen Ländern große Lebensmittellager errichtet werden. In Deutschland selbst werden Stofflager errichtet, die in ihrer Mehrzahl entlang der neutralen Zone liegen sollen, damit die dort liegenden Vorräte im Falle irgendwelcher Gefährdung rasch zurückgezogen und besetzt werden können. Die Versorgung erfolgt auf jeweils einen bis drei Monate. Sie erfolgt auf Gemeinden und Bezirke, und zwar werden nur solche Bezirke versorgt, deren Leitung in geschäftlicher Weise gewährt oder konstituiert sein muß und die sichere Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung innerhalb ihrer Grenzen bietet. Die Vorsehrungen werden sich in einer Höhe halten, die entsprechend der Rationierung eine ausreichende Ernährung sicherstellt.

### Die deutschen Schiffe sollen nicht versenkt werden.

Berlin, 7. Januar. Nach einer Meldung der „New York World“ erklärte sich der amerikanische Marineattaché Daniels mit der Versenkung der übergebenen deutschen Schiffe nicht einverstanden. Er sagte, die besten deutschen Kriegsschiffe könnten ebenso wie diejenigen älteren Systems noch als Schulschiffe verwendet werden, falls sie nicht anders verwendet werden könnten.

### Die Russen in Berlin.

Berlin, 8. Januar. Wie die Germania aus zuverlässiger Quelle erfährt, sind 1000 russische Soldaten in Berlin eingetroffen und halten sich als deutsche Soldaten aniformiert dort auf.

### Madensens Ueberführung.

Wien, 7. Januar. Wie Rudolfsblätter melden, befristet die französische Waffenstillstandskommission einen Gerichtsversuch Madensens. Deshalb bestand sie auf seiner Ueberführung nach Saloniki.

### Rückkehr Ludendorffs aus Schweden.

Nach zuverlässigen Meldungen ist Ludendorff von seinem Erholungsurlaub aus Schweden zurückgekehrt und augenblicklich mit der Niederschrift einer ausführlichen Rechtfertigung beschäftigt.

### Die „Mehrheits“-Minister wieder im Amt.

Die preussischen Minister, die der Mehrheitssozialdemokratie angehören und beim Austritt der Unabhängigen formell ihre Aemter zur Verfügung gestellt hatten, sind vom Zentralkomitee mit ihren Aemtern betraut worden.

### Theodor Koopfbeck †.

Haag, 7. Januar. Nach einer Meldung aus New York ist der frühere Präsident der Vereinten Staaten, Theodor Koopfbeck, gestorben.

### Sozialdemokratie und Kirche.

Am 5. Januar fand in München, in der Nähe des Frauenbades eine sozialdemokratische Versammlung im Freien statt. Hierbei wurden antichristliche Flugblätter verteilt, was die Unzufriedenheit der Versammlungsteilnehmer erregte. Jemand warf die Behauptung in die Menge, daß die Flugblätter vom Diktator herab gestreut würden. Daraufhin wurde die Kirche gestürmt und die dort versammelten Unzufriedenen in brutalster Weise überfallen. Der Gottesdienst mußte unterbrochen werden.

Das nennt die Sozialdemokratie Propagandafreiheit und das nennt sie Achtung vor der religiösen Ueberzeugung anderer.

## Kofales u. Provinzielles.

Sobran D. S., den 10. Januar 1919.

x (Evang. Gemeinde.) Die am 6. d. M. in der hiesigen evangelischen Kirche abgehaltene Versammlung der evangelischen Wähler aus Sobran und Umgebung war von etwa 400 Personen beiderlei Geschlechts und beider Sprachen besucht, die den zweifelhafte Ausföhrungen des Redners, Pastor Jendrossek, mit unverminderter Aufmerksamkeit lauschten. Ausgehend von dem bisherigen Verhältnis zwischen Staat und den beiden christlichen Kirchen schilderte er vor allem den in Zahlen nicht auszubrückenden Segen, den Gesellschaft und Staat der positiven Religion verdanken, und stellte für den Fall der Trennung die Zahlung einer entsprechenden Abfindungssumme an die Kirchen als unabwendbare Forderung auf. Er charakterisierte sodann den gegenwärtigen „Rattus-minister“ Adolph Hoffmann als eine der lächerlichsten Erscheinungen, die die Revolution an die Oberfläche gehöhlt, und rief die Versammlung zu energischem Widerstand gegen die vortarischen Maßnahmen der gegenwärtigen Macht-haber auf dem Gebiete des Schulwesens auf. Er schilderte sodann der Versammlung die Zustände in der evangelischen Kirche Polens, wachte sie, am 19. Januar vollständig zur Wahl zu gehen und schloß mit einer Erläuterung der wichtigeren Punkte des gegenwärtigen Wahlverfahrens. Mit dem Gelang des alten Schönd- und Trupplebs: „Ein feste Burg“ wurde die eindrucksvolle Versammlung geschlossen.

§ (Begräbnis.) Ein achtbarer Bürger unserer Stadt, Herr Klempnermeister Langer, ist heute nachmittag auf dem evangelischen Friedhofe zur letzten Ruhe gebettet worden. Der Verbliebene, ein braver biederer Mann und auch ein tüchtiger, schaffensreicher Handwerker, welcher sich die Achtung und Zuneigung der Bürgerkaste in weiten Kreisen erworben hatte, ist ganz unerwartet aus dem Leben herausgerissen worden. Am Dienstag nachmittag noch bei seiner Werkstätigkeit voll und ganz tätig, brach der 67jährige Mann plötzlich bewußtlos zusammen und eine Viertelstunde darauf hatte ein Gehirnschlag seinen Abgang in die Erde bereitet. Von der großen Teilnahme legte die heutige Begräbnisfeierlichkeit Zeugnis ab. Neben dem Begräbnisredner und der Schöngilde, denen der Verstorbenen lange Jahre hindurch als treues Mitglied angehört, erwies ihm ein großes Trauergefolge den letzten Lebensdienst. Am Grabe entrollte in einer zu Herzen gehenden Gedächtnisrede Herr Pastor Jendrossek das Lebensbild des Entschlafenen. Gelang und ein Trauerchoral der Stadtkapelle beschloß die eindrucksvolle Trauerfeier.

§ (Die Suppenküche.) wird seitens des Vaterl. Frauen-Vereins am Montag den 13. d. M. wieder in der bisherigen Weise eröffnet bezw. fortgeführt werden.

§ (Festgewesfel.) Die Schwann'schen Häuser in der Oberdorfstadt hat unannehm der Fleischermesser Herr Josef Szepanel für 33000 M. käuflich erworben, während das Marie Oppawsky'sche Hausgrundstück in der Holzstraße für 30000 M. in den Besitz des Schlossermeisters Herrn Ludwig übergegangen ist.

§ (Der hiesige Radfahrer-Verein.) veranstaltet morgen Sonnabend im Schützen-saale zu Ehren der bewackelten Krieger einen Gesellschaftsabend nebst Tanzkränzchen.

§ (Lehrer! Lehrerrinnen!) Die in vortiger Nr. angekündigte Versammlung findet am 12. d. M. nicht in Butthen, sondern in Dypeln, Formis Hotel, mittags 12 Uhr statt.

§ (Richtspielhaus Sobran.) Den Bemühungen des hiesigen Richtspielhauses ist es abermals gelungen, einen Film zu bringen, der die Wünsche des Sobraner Publikums voll befriedigen dürfte. „Die Dewabasi“, so heißt der Film, der am kommenden Sonntag zur Vorführung gelangen wird, und dessen größter Teil wieder im Lande der Wunder, in Indien, spielt. Ein Film, den man als ein Stück Lebenswahrheit bezeichnen könnte, voll erregender Situationen. Ellen Richter in der Hauptrolle entledigt sich gewissenhaft ihrer Aufgabe, sie erbringt und in diesem Filme erneut den Beweis, daß sie mit vollem Rechte den Titel „Königin der Welt“ trägt. Ihr naturgetreues Spiel läßt uns jede ihrer feinsten Gesichtszüge mit erleben und tief ergreifen können wir, wie stark doch der Mensch ist, daß er solche Schicksalschläge zu ertragen vermag. „Berechtig Vertretung“ mit Sach von Blondel in der Hauptrolle sorgt wieder für heitere Stimmung. Unter dem gelunden Humor Sach von Blondels biegt sich das Herz vor Lachen.

• (Eine Rundgebung des Fürbischöflichen Vertram.) Gewarnt weist der Fürbischöf von Breslau auf die Gefahren hin, welche der kath.

Kirche in der nächsten Zeit drohen. Er erkant an seine Ansprache an die katholische Versammlung vom 20. November über die Bedeutung der Wahlen zur Nationalversammlung, wodurch die Eintracht das dort Gesagte und führt dann fort:

Nun rückt der Tag der Wahl heran. Die Zukunft des Vaterlands und der Erfüllung der Kirche wird in die Hand des Volkes gelegt. An die Wählerinnen zu treten ist euer Recht, ist aber auch euer Pflicht. Es ist euer erst- und vornehmste Pflicht. Vor der Erfüllung solcher Pflicht haben wir Rücksicht abzuheben vor euerem Gewissen. Rücksicht im Geiste Gottes. Der katholische Christ darf seine Stimme nur solchen Kandidaten geben, die offen und glaubwürdig versichern, daß sie einzusetzen, daß sie die Rechte der Kirche schützen, die Tätigkeit der kirchlichen Orden nicht verdrängen, die katholische religiöse Erziehung der katholischen Jugend in der Schule unterstützen, für die katholische Schule eintreten, die schwierige Stellung der Kirche im öffentlichen Leben ungehindert lassen wollen. Das sind Forderungen, die der Staatliche Christen und Eiden immer noch wie ein Programm des katholischen Volk aufgestellt hat. Jedem ist Euch hieran erkennen, erfüllt ich nur meine Pflicht. Denn wie der Vater des Edders in seiner Familie sagen muß: Du darfst nicht abwenden die Augen, der die heiligsten Rechte deiner Familie kämpft, so muß der Bischof als geistlicher Vater der Diözesanen die Glieder der Diözese mahnen: Du darfst nicht abwenden die Augen, der den offenen oder versteckten Kampf gegen die Kirche, die katholische Kirche, betreibt. Damit ermahnen die Bischöfe dem Volke und dem Vaterlande zugleich den rechten Pflichten. Das klar vor allen Augen liegt die Sache, was die entscheidende Richtung über Volk und Vaterland bringt. Beförderung und Bewahrung der Volk. Jedem wie also stark die den politischen Kampf von der Hand fernhalten, wird doch andererseits die Hochwürdigkeit schließt es als Pflicht erachtet, auch an billiger Stelle in den katholischen Mann und die katholische Frau zu mahnen an die Erfüllung ihrer ersten Pflichten in der entscheidenden Stunde. Dem Hochwürdigsten Rat empfiehlt ich, die öffentliche Kundgebung von der Kanzel den Gläubigen zur Kenntnis zu bringen und in Verbindung mit den in der Zeitung selbst und unter Hilfe geeigneter Mitarbeiter für die erforderliche Aufklärung zu sorgen. † Adolt, Fürstbischof.

**(Die Regierung zur oberösterreichischen Frage.)** Die Pressestelle des Volksrats zu Breslau teilt mit: Die in der Provinzial Volksversammlung vom 30. Dezember 1918 der prunkhaften Regierung vorgelegte Erklärung über die Regelung der oberösterreichischen Frage haben die Regierung zur Beschlußfassung vorgelegt. Die Regierung hat der Besetzung letzter der Oberösterreichischen Verwaltung und anderer wichtiger Bestimmungen der gemeinsamen Staatsverträge durch eine freie Organisation katholischer, mit den oberösterreichischen Vertretern vertrauter Persönlichkeiten zugestimmt. Obgleich ebenfalls sind diese Angelegenheiten durch solche Personen zu verwalten. Die Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten wird auch durch den Volksrat zu Breslau, Protokoll für die Provinzialversammlung, erfolgen. Die Freiheit der Religionsausübung und die Geltung des Religionsbegriffes in der Mittel- und Ost- sowie die Anträge auf die Erfüllung der oberösterreichischen Verhältnisse in religiöser, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht haben die grundsätzliche Billigung der Regierung gefunden. Ebenso ist der Entscheidung einer nicht-bischoflichen Delegation der Oberösterreichischen Verwaltung zustimmend. Bevor Entscheidungen erlassen werden, die wichtige oberösterreichische Interessen betreffen, werden die zuständigen sachlichen Behörden gehört werden. Die Besetzung eines besonderen Kommissars zur sachlichen Vertretung der Oberösterreichischen beim Oberpräsidenten und dem Volksrat zu Breslau ist in Aussicht genommen. Über die Abgrenzung seines Geschäftsbereichs werden die erforderlichen Verhandlungen sofort in Angriff genommen werden. Die Stellungnahme der prunkhaften Regierung bedeutet also die Erfüllung der Wünsche des Provinzial-Volksausschusses und damit Oberösterreich.

**(Landrat Dr. Zukaschek — Regierungspräsident.)** Diese Nachricht wurde am Sonntag in Rhyndel verbreitet. Die Nachricht ist, wie die „Rhyndel“ meldet, heute noch verstreut. — Hierzu wird von anderer Seite folgendes berichtet: Mehrere Wänsche schlesischer u. s. Wänsche entsprechend, hat die Berliner Regierung die Mitgliederpartei sich bereit erklärt, den Regierungspräsidenten von Magdal in Oppeln zu verhaften. Sein Nachfolger soll wassergemäß 1. Katholik 2. Schlesiener, 3. der polnischen Sprache einigermaßen mächtig

sein. Als Regierungspräsident ist deshalb der kommunistische Landrat von Rhyndel, Dr. Zukaschek, in Aussicht genommen, dessen Berufung sofort erfolgen soll, sobald die Rhyndel Landratsfrage ihre Entscheidung gefunden haben wird.

**(Frühlingstage im Januar.)** Mägen auch noch gerade ist um uns herum „drohende Gewitterwolken“ hinstehen, die liebe, gütige Mutter Natur meint es trotzdem gut mit uns. Sie spendet uns Luft in diesen Spannungsvollen Tagen, die ausgefüllt sind von der Wahlvorbereitung für die kommende deutsche Volksvertretung und noch so manchem anderen, betteren sonnigen Stunden. Und wir sind ihr gewiß dankbar dafür, denn in der Zeit des Kohlenmangels verzichtete wir gern im Interesse der Allgemeinheit auf die sich so ganz vielen Winterstunden.

**(Wie die Franzosen die Förderung auf unseren Gruben steigern.)** Es wird dem Kurier geschrieben: Es wird die Interessen zu erfahren, daß die Saargruben bei 5 Mark Lohn und 10—12 Stunden Arbeit in flotten Betriebe sind, daß die Förderung und Förderung die Höhe der Förderung übersteigen; und da die Franzosen unzulänglich disponieren, so erstreckt die Grube hauptsächlich in Kohlen. Der Uberschuß an Kohlen wird in dem Augenblick natürlich verschwendet, wo die Kohlen wieder in das unbedeutende Gebiet gehen dürften, was nahe bevorsteht. Ein französischer Kommissar tritt an die Seite des Reichskohlenkommissars, um mit ihm die Saargruben zu betreiben.

**(Die Escheren)** besetzten Brudershof, Judamantel und Bensch.

**(Acht Söhne glücklich heimgekehrt.)** Der Gastwirt Sawanna in Jips bei Freiburg hatte nicht weniger als acht Söhne im Felde stehen. Trotz ihrer Verlorenheit an den blutigsten Kämpfen sind sie sämtlich jetzt wieder in die Heimat zurückgekehrt.

**Orzecher, 7. Januar.** Am 1. Januar hat das bekannte Gasthaus „Zwei Kessel“ in Orzechow 5000 Personen gewirtet. Der frühere Inhaber, Edw. Wirtelberger Paul Gregorczyk, hat es zum Preise von 67 000 Mark an den Kaufmann Altmann aus Kofow, Kreis Plesch, verkauft. Die Verwaltung des Geschäftsbetriebes liegt in den Händen des Herrn Gola.

**Rybnitz, 8. Januar.** Der Streik in der „Elektra“ am Sonntag brach ein neuer Streik in der „Elektra“ aus. Es war zwischen Arbeiterschaft und Direktion ein neuer Gehaltsstreik verhandelt worden, der leider durch die Schuld der unorganisierten Lohnverhandlungen nicht eingeleitet wurde. Die Arbeiter bekamen weniger, als ausbezahlt war und getrieben darüber in große Erregung. Sie stellten außerdem die Forderung auf, daß bei den notwendig werdenden Arbeiterentlassungen in erster Linie solche Arbeiter entlassen zu werden, die durch ihre sonstige Lebensstellung als Landwirte, Gewerbetreibende etc. ein Auskommen schon haben, und daß man die eigentlichen Arbeiter nicht kündigt, die nur von ihrer Arbeit leben. Auch in solchen Fällen, wo ein einzelnes Familienmitglied für die ganze Familie zu sorgen hat, soll diesem nicht die Arbeit entzogen werden. Es kam zu Auseinandersetzungen. Ein Ausschuss wurde vorgeschlagen, der teilweise über die neue Forderung geht und aus dem Wert herausgefahren. Es finden sofort Verhandlungen mit den Streikenden ein, die zu einer Verständigung führen.

**Reuthen, 7. Januar.** Gestern abend besetzte eine Bande von holländischen Arbeitern die Bergengrube mit Maschinengewehren und verübte die Plünderung sowie die Beamteten an der Eisfabrik. Auf 1500 Menschen, der in die Nähe des Bergengrubes kommt, wird von dieser Bande geschossen. Wie wir erfahren, sind militärische Maßnahmen zur Verhinderung dieses Zustandes getroffen worden.

**Leobschütz, 9. Januar.** Das Husarenregiment soll, wie verlautet, aufgelöst werden und die Kasernen, die die Stadt betragen 2 Millionen Mark gestiftet haben, der Stadt zur anderweitigen Verwendung geschenkt werden. Was die Stadt betrifft mit so vielen Gebäuden wachen wird, wie man weißlich nicht.

**Standesamts-Nachrichten von Sohrau.**

**Esterbachelle.**  
Am 7. Jan. der Klempnermeister Wilhelm Langen, 67 Jahre alt; am 8. der Flechtler Pumpenbauer Adolf Polczyk, 62 Jahre alt.

**Ev. Gemeinde Sohrau OS.**  
Sonntag den 12. Januar, nachm. 1/2 3 Uhr:  
Deutscher Gottesdienst.

Alle Bestrebungen, die auf eine Loslösung Oberösterreichs vom Deutschen Reich hinzuliegen, stellen sich als ein Verbrechen des Hochverrats dar. Hierunter fallen insbesondere auch etwaige

in Preußen vorgenommene Wahlen zur polnischen konstituierenden Nationalversammlung sowie jede Vorbereitung der Nationalversammlung dazu, ferner die Erhebung einer polnischen Nationalarmee und die Errichtung polnischer „Volkswehren“ in Preußen. Die Volksgewaltigen werden auf das energischste mit allen zulässigen Mitteln gegen solche Bestrebungen einzutreten, die beteiligten Personen unverzüglich festnehmen und zur gerechtfälligen Bestrafung bringen.  
Oppeln, den 31. Dezember 1918.

**Der Reichspräsident.**

**Bekanntmachung betreffend die Entrichtung der Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1918.**  
Auf Grund des § 17 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes und des § 45 und 51 der Ausführungsbestimmungen dazu werden die zur Entrichtung der allgemeinen Umsatzsteuer verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Geschäften und sonstigen Personvereinigungen in Sohrau OS. angeordnet, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im Jahre 1918 bis spätestens Ende Januar 1919 dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen, oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Als steuerpflichtiger Gewerbetreibender gilt auch der Betrieb der Landwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaus sowie der Bergwerkbetrieb. Die Pflicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbetriebs im Sinne des Umsatzsteuergesetzes 8. Angehörige freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.) sind nicht steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Einkünfte aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wertverhältnissen gezahlt zu werden pflegt.

Von der allgemeinen Umsatzsteuer sind diejenigen Personen usw. befreit, bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahre nicht mehr als 3000 Mark beträgt. Sie sind daher zur Entrichtung einer Erklärung nicht verpflichtet. Eine Mitteilung an das Umsatzsteueramt über die in Anspruch genommene Steuerfreiheit ist doch erwünscht.

Die Nichtentrichtung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 Mk. nach sich. Das Umsatzsteuergesetz bedroht diejenigen, die über den Betrag der Entgelte wissenschaftlich vorläufige Angaben machen und vorläufige Umsatzsteuer hinterlegt oder einen ihm nicht gebührenden Steuererlös einbehält, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der getätigten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgesetzt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mk. bis 100 000 Mk. ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Entrichtung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Diese Vordrucke werden in der Volksgewalt kostenlos abgegeben und sind dort abgehoben.

Steuerpflichtige sind zur Abmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Die Abgabe der Erklärung kann nur abgeben durch mündlichen oder schriftlichen Beauftragten erzwungen werden, unbeschadet der Befugnisse des Umsatzsteueramts, die Besetzung auf Grund schätzungsweiser Ermittlung vorzunehmen.  
Sohrau OS., den 9. Januar 1919.

**Der Magistrat. Reich.**

**Bekanntmachung.**  
Am Sonntag den 11. d. Mts. wird bei den hiesigen Fleischern auf Grund der Reichsflakarte 100 gr Fleisch und 20 gr Wurst verabfolgt.  
Sohrau OS., den 10. Januar 1919.  
Der Magistrat. Reich.

**Bekanntmachung.**  
Die Vertragsliste zu den Genossenschaftsstatuten der Genossenschaftsvereine in Sohrau OS. liegt in der Zeit vom 11. Januar bis zum 9. Februar 1919 in Gemäßheit des § 6 des Genossenschaftsstatuts in meinem Geschäftszimmer aus.  
Die Beiträge sind wie bisher vierteljährlich im Voraus in der Kassenkasse zu entrichten.  
Sohrau OS., den 9. Januar 1919.  
Der Genossenschaftsvorsteher.  
Reiche, Bürgermeister.

**Tischler, Bandsägeschneider, Fräser, Hobler**  
zur sofortigen Entrichtung  
**Deutsche Luftfilter-Baugesellschaft m. h. H. Sohrau O-S.**

## Was die deutschnationale Volkspartei will und was sie nicht will?

**Wir wollen**

persönliche Freiheit und Sicherheit für jedermann, keine sozialdemokratische Gewaltherrschaft, wirtschaftliche Freiheit und Schutz des Privateigentums, keine sozialistische Zwangswirtschaft, die mit roher Hand in das wirtschaftliche Getriebe greift und Millionen brotlos macht, politische Freiheit, keine Klassenherrschaft weder der Arbeiter noch des Kapitals, völkische Freiheit und Selbstbestimmung für alle Deutschen in der Welt, aber auch für fremde Völkspartner im Reich und seinerlei Ausnahmegefeß.

**Wir wollen**

ein alle deutschen Volksgenossen umfassendes machtvolles deutsches Reich, keine Auflösung in schwächliche Kleinstaaten und keine Abtretung deutschen Bodens, Oberschlesien bleibt deutsch!

eine starke Staatsgewalt, Ordnung und Gesetz, aber keine sozialdemokratische Herrschaft der Straße, ein starkes Volkstheer voll Pflichtbewußtsein und Mannesjucht, aber keine zuchtlose rote Garde.

**Wir wollen**

Gesundung des Wirtschaftslebens durch starke Vermehrung der wirtschaftlich Selbständigen und Selbsthaften, Ansiedelung von Bauern und Landarbeitern, Heimstätten für Krieger und Industriearbeiter, Verminderung der Masse der Entwurzelten und Heimatlosen:

Ein Hauschen, ein Stück Land und eine Kuh soll niemand unerreichtbar bleiben! entschlossenes Eintreten für die nothleidenden Handwerker, Kleinhandwerker, Beamte und Angestellte, besonders der Kriegsverletzten und Hinterbliebenen, gerechte Besteuerung, scharfe Erfassung der Kriegsgewinne, Schutz dem Spargroschen des kleinen Mannes,

**Wir wollen**

Ehre halten unsern großen Männern und unsern herrlichen geschichtlichen Erinnerungen, Ehre halten unserm deutschen Volkstum und an seiner Zukunft nicht verzweifeln, Ehre halten unserer Religion und sie in den Mittelpunkt der Familie, der Schule und des ganzen Volkslebens stellen.

Frauen- und Muttertreue soll uns helfen, den Geist des Materialismus zu bannen, und an Deutschlands sittlicher Erneuerung mitarbeiten.

Wie ein Sturmwind ist die Revolution über uns dahingebraust und hat uns niedergeworfen in tiefste Ohnmacht und Schmach, sie hat uns weder Frieden noch Brot noch Arbeit gebracht, sondern Schredensherrschaft, Willkür und allgemeine Unsicherheit, dazu Raubgier und Unrechlichkeit, allgemeine Auflösung und moralischen Zusammenbruch.

Vielleicht gehen wir noch schlimmeren Zeiten entgegen, Zeiten der Hungersnot und blutigen Bürgerkrieges, wenn sich das Bürgertum nicht endlich aufrafft zur Tat!

Soll ein Volk mit zweitausendjähriger ruhmreicher Vergangenheit ausgeblendet werden, wie ein Licht? Dahin darf es nicht kommen!

Wir alle waren bereit auf neuem Boden mitzuarbeiten, aber die sozialdemokratische Regierung hat sich außerhande gezeigt unsere Grenzen gegen Zwergvölker zu schützen, außerhande die Ordnung aufrecht zu erhalten, außerhande selbst die eigenen Arbeiter zur Arbeit zu veranlassen, sie verschleudert das Volkvermögen mit vollen Händen! Jetzt muß das gesamte Bürgertum geschlossen in die Breche treten!

Wer also noch einen Funken von Vaterlandsliebe in sich fühlt und uns alle vor dem Untergange bewahren will, der stimme am Wahltag

**für die deutschnationale Volkspartei!**

Beitrittserklärungen und Geldbeiträge nimmt entgegen die Kreisgruppe der deutschnationalen Volkspartei Rybnik.  
J. A.: Sullermann, Rentant.

## Deutsche demokratische Partei, Ortsgruppe Rybnik.

### Mitgliederversammlung

Montag, den 13. Januar 1919, abends 8 Uhr in Wittigs Hotel.

Vortrag: „Die Ziele der deutschen demokratischen Partei.“

Redner: Herr Parteisekretär Koller.

Nichtmitglieder, die sich auch anschließen wollen, sind willkommen. Zutritt gegen Mitgliedskarte. Für Nichtmitglieder freien Ausweise im Parteibureau bei Herrn Kaufmann Anton Maase, Koller Wilhelmstraße und bei Herrn Apotheker Wachsmann, Ang. zur Verfügung

## Von heute ab übernehme ich die Restaurations-Lokalitäten

des Herrn Schüttan und bitte um gütigen Zuspruch.

Hedwig Schmidetzki.

## Kaiser-Kaffee-Geschäft

Sohrau O.-S., Friedrichstraße 9

ist wieder eröffnet.

Die gebröckelte Kundschaft wird gebeten, alle Lebensmittel sowie Zundermarken wieder bei uns abzugeben.

## Nachtwächter,

wächtern, zuverlässig, event. Kriegsbeschädigten stellt sofort ein

Ohnchl. Apparate- & Eisenwerke  
G. m. b. H. Sohrau O.-S.

Geld gegen monatliche Rückzahlung verleiht  
B. Calderarow, Hamburg 5.

## Versteigerung.

Dienstag, den 12. Januar 1919, vormittags 9 1/2 Uhr

werde ich in Sohrau O.S. im Hofe des Bahnbesizers Herrn Radrian

## 2 Arbeitspferde

— ca. 1,80 m groß, 7- und 8-jährig — öffentlich meistbietend gegen Barzahlung freiwilrig versteigern.

Sohrau O.S., den 10. Januar 1919.  
Müller, Gerichtsvollzieher.

## Dominium Vorbriegen

sucht

## einen Schirrknecht

(Stellmacher, Zimmermann), auch Kriegsverletzten, der jede Arbeit versteht, event. außer Häber, fernar

Kontraktarbeiter und 1 Knecht mit Arbeitsgänger bei reichlichem Lohn und Deputat.

## Dienstmädchen.

Für mein Dienstmädchen, das 6 Jahre bei mir tätig war und nur infolge Todesfall fortmüß, wird passender Ersatz gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

## Verloren gold. Ohrring.

Schlangeform, gest. 333. Abzugeben gegen Belohnung bei Schaffner Franz Konieczny, Bahnhofstraße.

Habe meine Tätigkeit wieder aufgenommen.

Dr. Mertens,  
Hindenburg.

Spezialarzt für Chirurgie.

Sprechzeit: Montags bis Freitags  
nur nachmittags von 3 1/2—5 Uhr.  
Sonntag vormittags.

## Sprechstunden

täglich von 8—3 Uhr  
Sonntags von 8—12 Uhr.

Zahn-Arzt Dornfeld.

## Lichtspielhaus Sohrau

(Schüttan's Saal.)

Sonntag, den 12. Januar 1919:

## Die Dewadasi.

Das Drama einer indischen Tempeltänzerin von Heins Carl Holland in 4 Akten mit Ellen Richter als Dewadasi in der Hauptrolle.

## Leberechts Vertretung.

Lustspiel in 2 Akten von Margot Meyer—Hamburg mit Sacy von Blondel.

## Bilder aus Finnland.

..... Klavierbegleitung .....

Für Erwachsene: Erste Vorführung  
1/2 5—7 Uhr, zweite von 1/2 8 Uhr ab.

Um gütigen zahlreichen Besuch bittet

Die Spielleitung

## Reichenberger's

## Zahn-Atelier

Sohrau O.S., Ring 129.

## Sprechstunden:

Vormittags von 8—12 Uhr,  
Nachmittags von 2—6 Uhr.  
Sonntags von 9—12 Uhr.

Ich empfehle mich

## als Damenschneiderin

in und außer dem Hause.

Hedwig Brysch,

geprüfte Damenschneiderin.

## Mentzel und Lengerke's landw. Taschenkalender

sowie alle Arten

## Kalender für 1919

sind vorrätig in

P. Hanolds Paplerhandlung.

aktuell!

## Jeden klein. Posten Staubkohle

kauft

Jos. Fröhlich,  
Dampfaberei Sohrau.

Wo kann junge Frau hochpolnisch lernen?

Offerten erbeten an die Exped. d. Bl.

Gutes Wiesenheu u. Langstroh hat stets billigst abzugeben

Brysch.